



**AMT DER
TIROLER LANDESREGIERUNG**
Präsidialabteilung II/EU-Recht

A-6020 Innsbruck
Eduard-Wallnöfer-Platz 3

Tel.: (0512) 508-
Klappe: 2210

Fax: (0512) 508-2185

Sachbearbeiter: Dr. Tachezy
DVR: 0059463

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen

Innsbruck, 20.11.1997

Präs. II/EU-Recht-1406/144

An das
Bundesministerium für Inneres **Telefax!**
Postfach 100
1014 Wien

Betrifft GESETZENTWURF
Zl. ⁸⁵-GE/19..... ⁸⁷
Datum: 11. DEZ. 1997
Verteilt <i>12.11.97</i> <i>Mag. Michaelitsch</i>

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem integrierten Vertriebenen aus Bosnien und Herzegowina das weitere Aufenthaltsrecht gesichert wird; Stellungnahme

Zu Zl. 76.201/153-SL IV/97 vom 21. Oktober 1997

Aus der Sicht der vom Land Tirol zu vertretenden Interessen besteht gegen den oben angeführten Gesetzentwurf grundsätzlich kein Einwand.

Im Abs. 1 des § 1 des Entwurfes ist das Fremdenengesetz 1997 nicht nur nach Abschnitt, sondern auch nach Hauptstück zu zitieren. In der Z. 2 sollten die Angehörigen ausdrücklich angeführt werden, da sich die zitierte Bestimmung (§ 47 Abs. 3 des Fremdenengesetzes 1997) auf Angehörige eines EWR-Bürgers bezieht.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem der Parlamentsdirektion zugeleitet.

Für die Landesregierung:

Dr. Arnold
Landesamtsdirektor

Abschriftlich

An alle Ämter der Landesregierungen

gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der Niederösterr. Landesregierung, Wien

an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien

an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausf.

an alle National- und Bundesräte in Tirol

zur gefl. Kenntnisnahme.

Für die Landesregierung:

Dr. Arnold

Landesamtsdirektor

F.d.R.d.A.:

Wildauer